

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und ausm. Bestellungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 2215, 2216, 2217. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz (Posten-Nassau 20 Pf.), Restlandteile 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Restlandteile 1.50 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 600

Montag, 25. November 1918.

72. Jahrgang.

### Die Reichskonferenz.

Heute wird, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, das Reich zum erstenmal wieder in sichtbare Erscheinung treten. Die Einladung der Reichsregierung vereint die Vertreter der deutschen Freistaaten im Kongressaal des Reichskanzlerpalais, um, wie der Volksbeauftragte Ebert an den heftigen Ministerpräsidenten telegraphierte, zum Ausdruck zu bringen, daß sie weit davon entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf enge Zusammenarbeit mit ihnen bei der Wiederaufrichtung des Reiches Wert lege. Mehrheitsbeschlüsse sind nicht zu erwarten. Aber in solchen liegt auch nicht der Wert der Freistaatenkonferenz, die vor allem die Aufgabe hat, den Zugehörigkeitswillen der Deutschen zu dokumentieren, in dem Augenblick, da der Herrschaftswille unserer Gegner so übermächtig ist, daß die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zweifelhaft geworden ist. Daß die Nationalversammlung, das vornehmste Mittel zur Reichsregierung, wie Ebert sagt, an erster Stelle der Erörterung stehen wird, ist sicher. Ebenso ist eine Erörterung der territorialen Bestimmungen zu erwarten. Aber auch Ernährungs- und Transportprobleme, Demobilisierungs- und sonstige Lebensfragen für ganz Deutschland werden eingehend zu behandeln sein. Wie der „Berliner Volksanzeiger“ meint, dürfte die Reichsregierung ein politisches und wirtschaftliches Programm vorlegen, das den Verhältnissen entsprechend, zunächst nur einen Übergangscharakter trage, sich jedoch bereits in der Richtung der geplanten Sozialisierung bewege. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zusammentreten werde.

### Eisner gegen Hindenburg.

München, 25. Nov. (T.-U.-Tel.) Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner veröffentlicht folgende amtliche Erklärung: Der bisherige Generalfeldmarschall v. Hindenburg erklärt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ihm so unglücklich wie unaufrichtig erscheinende Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volk angeammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

### Vergewaltigung.

Berlin, 23. Nov. (Wolff-Tel.) An die geueristischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden: Am Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundzüge eines Nachkriegsfriedens wachte sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Wilson. Anstelle des erwarteten, von Grundzügen des Rechts und der Billigkeit und vom Wunsche einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern in einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den erlöhten Frieden nicht bringen, sie wollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schmerzgeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeit höhnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet sein, dem Deutschen Volke den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhält, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder begehnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Akzent auf gegen die Zivilisation und muß den Schluss ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wendete sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk einen Anfang machen wollen. Das deutsche Volk bspinnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Vergewaltigung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gebeten und erlöhten deutschen Truppen durch Nichterfüllung von unersättlichen Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu ziehen und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn der Friede als Nachkriegsfriede geschlossen werden soll, so darf die Entscheidung in rechtlich kritischen Fragen nicht vorangetragen werden. Die deutsche Regierung muß diesem, vom Präsidenten aufgestellten Grundlag gegenüber festhalten. daß sie von der französischen Regierung in Elsass-Lothringen getroffenen Maßregeln, ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelnen Maßnahmen der nichtdeutschen Besatzung des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes als als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzuarbeiten.

### Amtliche Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

#### Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß die im Laufe des Krieges vom Pflichtunterricht der gewerblichen Fortbildungsschule befreiten Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nunmehr den Schulunterricht regelmäßig zu besuchen haben. Der volle Schulunterricht tritt sofort in Kraft.

#### Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten in Privathaushaltungen.

Laut Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates sind von heute ab alle in Privathaushaltungen des Stadtkreises Wiesbaden befindlichen Vorräte an Getreidemehl, Fleisch, Fleischdauernwaren und Wurst, Fett, Zucker, Eier beschlagnahmt und bis längstens 30. November zur Ablieferung zu bringen. Für jeden Haushaltsangehörigen dürfen zurückgehalten werden: 3 Pfund Getreidemehl, 3 Pfund (insgesamt) Fleisch, Fleischdauernwaren und Wurst, 1 Pfund Fett, 4 Pfund Zucker und 20 Eier.

Die Ablieferung hat im Schloß, Eingang Markstraße, zu erfolgen.

Folgende Preise werden bezahlt: Für das Pfund Getreidemehl 80 Pfg., Fleisch 3.10 M., Fleischdauernwaren und Wurst 4 M., Fett jeder Art 5 M., Margarine 2.85 M., Zucker 56 Pfg., für Eier 60 Pfg. das Stück.

Wer gegen die Verordnung verstößt, hat sich vor dem Arbeiter- und Soldatenrat persönlich zu verantworten.

Wiesbaden, den 24. November 1918.

Gegen alle diese Versuche wie gegen die Verabgerung des Friedensschlusses leidet die deutsche Regierung sich ärtlichen Protest ein. Aus der Gesinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, wird aber nicht aufhören, das Leben und sein Recht zu fordern.

Berlin, 23. November 1918. gez. Solf, Staatssekretär.

### Fortsetzung des Krieges.

Rotterdam, 25. November. (Eig. Tel.)

Die „Times“ schreibt an leitender Seite: Voraussetzlich wird der Waffenstillstand nicht verlängert, wenn Deutschland bis zum Ablauf nicht zur Wahl der Nationalversammlung geschritten ist. Diese Bedingung der Alliierten ist Deutschland in ihrer ganzen Schwere bekannt.

K. Jürich, 25. November. (Eig. Tel.)

Der „Corr. della Sera“ meldet aus Paris die Ablehnung der letzten beiden Noten Deutschlands um Silberung der Waffenstillstandsbedingungen und sagt dazu, die Vorschläge in Deutschland würden die Alliierten in aller Kürze zu weiteren Forderungen zwingen.

### Der Feldzug gegen den Bolschewismus.

K. Jürich, 25. Nov. (Eig. Tel.)

Der „Secolo“ meldet das Anlaufen der italienischen Flotte nach Marseille zwecks Beschlagnahme der Truppen-transporte der Alliierten nach Odessa zum Vormarsch nach Moskau. Die römische „Tribuna“ meldet: Italien nimmt mit 25000 Mann an dem Feldzug gegen Rußland teil. Der „Secolo“ meldet aus Paris: Ein Armeebefehl an die in Marseille eingeschifften Truppen spricht von der Wiederbefreiung Rußlands vom Bolschewismus.

K. Rotterdam, 25. Nov. (Eig. Tel.)

„Times“, „Morning Post“ und „Daily Telegraph“ melden die Aufrechterhaltung der Mobilisierung der Ententesruppen zum beschleunigten Vormarsch nach Rußland. Die „Morning Post“ schreibt: Der russische Bolschewismus ist bis Oskera besiegelt. Moskau und Petersburg sind im Frühjahr wieder Stätten der Kultur und der demokratischen Freiheit.

„New York Herald“ meldet aus Tokio: Der Oberbefehlshaber der japanische Armee in Sibirien telegraphisiert, daß die japanischen Vorhuten Tomsk erreicht haben und im Vormarsch auf Tobolsk sind.

### Soldatenräte gegen den Bolschewismus.

Die Gefahr, die dem Zustandekommen der Nationalversammlung und damit auch dem Frieden durch die Nachschichten der Spartakusleute, der deutschen Bolschewisten und der Berliner A. u. S. Räte droht, hat den stärksten Widerstand gegen die Berliner Diktatur hervorgerufen. Der Volksausdruck des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung erhebt in einem Aufruf an die A. u. S. Räte der Heimat

aufschärfte Einspruch gegen alle Bestrebungen, die dahin führen, das Zustandekommen der von der Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben. Die Feldtruppen wollen über den weiteren Ausbau des Reiches mitentscheiden. Das Feldheer will den Frieden und den geordneten Ausbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, den Sieg über die bisherigen Diktatoren zur Errichtung einer neuen Diktatur zu missbrauchen, weil

diese den ersehnten Frieden vereiteln und das deutsche Volk dem Hungertode preisgeben könnten“.

Der Soldatenrat der 4. Armee sandte an die Volksbeauftragten in Berlin ein Telegramm, in dem es heißt:

„Im Auftrage von 500 000 Frontsoldaten vermahnt sich der Soldatenrat der 4. Armee aufs schärfste gegen die Annahme des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin, der unter Umgehung der Nationalversammlung die diktatorische Gewalt über das ganze deutsche Reich erhebt. Die Front wird sich niemals der Diktatur einer Minderheit unterwerfen. Die in Berlin anwesenden Soldaten vertreten nicht die Front. Die Front hat ihre eigenen Frontsoldatenräte erwählt, deren vornehmste Aufgabe die Einberufung der Nationalversammlung ist.“

In einer Versammlung der Vertrauensleute der ganzen Marine wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. besagt:

„Mit Entrüstung haben die Vertrauensleute der Kieler Marine von den Vorgängen in Berlin Kenntnis genommen. Sie verurteilen die Gewalttätige Minderheit unter Umgehung der Nationalversammlung die Einberufung der Nationalversammlung ist auf einen Zeitpunkt erforderlich, an dem ordnungsmäßige Wahlen möglich sind. Den Gedanken an die Aufrechterhaltung einer Gewalt Herrschaft darüber hinaus lehnen die Vertrauensleute aufs nachdrücklichste ab.“

### Der Rückmarsch der Truppen.

Bei Köln überschreitet jetzt die 13. Armee den Rhein, und bei Mainz die Spitze der 5. Armee unter General v. d. Marwitz. Der Rückmarsch der Armee klappte bisher ausgezeichnet. Immerhin kommt es an den Rheinübergängen zu harten Stauungen, weil noch ein riesiges Material geborgen werden soll. Die Orte im ganzen Rheingebiet tragen reichen Flaggenschmuck, zumeist schwarz-weiß-rot. In Köln durchziehen von morgens bis abends große Truppenmassen, umjubelt von der Bürgerschaft, die Straßen. Der Durchmarsch wird bis zum 4. Dezember dauern. Täglich passieren 80 000 Mann die Stadt.

Ludwigshafen, 25. Nov. (Wolff-Tel.)

Der Durchzug der von Wehen kommenden Truppen durch Ludwigshafen und der gleichzeitige Uebergang über den Rhein nahm gestern seinen Anfang. Die Stadt hat reichen Flaggenschmuck und Girlandenschmuck angelegt. Eine überaus zahlreiche Menge durchflutet die Straßen. Die Truppen werden beim Erscheinen lebhaft begrüßt. Den ganzen Sonntag Vormittag durchzogen österreichische Truppen mit ihrer Boasge die Südstadt. Bei der herrschenden Kälte empfangen es die Truppen angetrieben, von der Einwohnerlichkeit mit Kaffee, Tee, Cognac und Rauchwaren bewirtet zu werden. Gegen 1 Uhr mittags passierten deutsche Minenwerferabteilungen die Stadt. Alle Truppen nahmen den Weg über die Rheinbrücke durch die Nachbarstadt Mannheim, die gleichfalls zu Ehren der heimkehrenden tapferen Krieger im Schmucke prangt, nach Heidelberg, von wo aus sie teilweise mit der Bahn weiterbefördert werden. Die ganze laufende Woche werden vormittags Truppenzüge durch die Stadt und über den Rhein stattfinden. Während dieser Zeit ist der Straßenbahnverkehr vormittags in der inneren Stadt eingestellt.

### Streit in Oberschlesien.

Beuthen, 25. Nov. (Wolff-Tel.)

Im ober-schlesischen Kohlenrevier ist eine Lohnbewegung ausgebrochen, die zum Arbeitsaustritt geführt hat, der sich über das ganze ober-schlesische Kohlenrevier ausdehnt und überall einen recht erheblichen Umfang annahm.

### Die Amerikaner in Luxemburg.

Luxemburg, 25. Nov. (T.-U.-Tel.)

Am Donnerstag zogen die Amerikaner unter Glogensgeland und großen Freudentumgebungen des Volkes in Luxemburg ein, wo sie als Freunde und Befreier empfangen wurden.

### Die Tschechen in Deutschmähren.

Wien, 25. Nov. (Wolff-Tel.)

Meldung des Wiener Teleg. und Corr.-Büros. Die Besetzung deutsch-mährischer Städte Nord- und Südmährens durch die Tschechoslowaken dauert an. Die Städte Pöhrts und Zülne sind besetzt. Die Rumänen haben den Marsch meidergange sind verhaftet. In Pöhrts sind Plünderungen vorgekommen.

### Die Italiener in Innsbruck.

Innsbruck, 25. Nov. (Wolff-Tel.)

Gestern sind die Italiener in Stärke von mehreren Hundert Mann hier eingetroffen.

### Die Butowina von Rumänen besetzt.

Wien, 25. Nov. (T.-U.-Tel.)

Die rumänische Armee besetzt die ganze Butowina, einschließlich ihres ukrainischen Teiles, wo die Herrschaft des Rumänenkönigs proklamiert wurde. In Czernowit wurde eine Regierung eingesetzt. Die Rumänen haben den Marsch nach Kolomea in Ungarn fort

